

Initiative Sozialistisches Forum  
**Von der Imperialismusschulung zum Friedensgewäch:  
 DKP und Friedensbewegung**

Aus: Initiative Sozialistisches Forum,  
*Frieden – je näher man hinschaut desto fremder schaut es zurück.*  
*Zur Kritik einer deutschen Friedensbewegung,*  
 Freiburg (ça ira - Verlag 1984), S. 193 –225.

In der Friedensbewegung preist sich die DKP als alternative Staatspartei an, die es dem großen Bruder Sowjetunion – der „Weltfriedensmacht Nr. 1“ - gleichtun will. Als Wahlverein sucht sie „die Mehrheit des Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse, zu gewinnen“<sup>1</sup>, um ihre Friedensziele „politisch“, d.h. staatspolitisch, durchsetzen zu können. Ihr programmatisches Selbstverständnis, das im Titel einer ihrer Broschüren zum Ausdruck kommt – „Arbeiterpolitik ist Friedenspolitik“ – weist sie als selbsternannten Erben parteikommunistischer Arbeiterbewegung aus, einer Arbeiterbewegung, die im friedlichen Genuß der Produkte ihrer entfremdeten Arbeit das Reich der Freiheit erblickt.

Anders als dies die Revisionismus-Kritik der späten 60er und frühen 70er Jahre wahrhaben wollte, kann sie sich dabei zu Recht auf Lenin berufen; allerdings – und dies ist eine zentrale These dieses Beitrags - nicht im Sinne einer bruchlosen Kontinuität, wie sie die DKP behauptet und worin ihr die modische Kritik am „Marxismus“, die den Gulag nicht erst bei Lenin, sondern bereits bei Marx vorgezeichnet sieht, bereitwillig zustimmt.

Um Kontinuität und Bruch der parteikommunistischen Theorie im Hinblick auf die Aktivität der DKP in der Friedensbewegung durchsichtig zu machen, werden wir im ersten Abschnitt Lenins Theorie des Imperialismus kritisch darstellen. Unsere These, die Leninsche Theorie sei „allgemeingültig nur in ihrer historischen Konkretion“<sup>2</sup>, beabsichtigt, die von Anhängern und Gegnern des Parteikommunismus gleichermaßen vertretene Behauptung einer widerspruchslosen Einheit von Lenin und DKP aufzusprengen.

Im zweiten Schritt werden wir die interessierte „Anwendung“ Lenins auf historisch völlig veränderte Vergesellschaftungsverhältnisse darstellen, um erstens besagten Bruch herauszuarbeiten und zweitens zu zeigen, daß gerade dadurch sich die Wahrheit Lenins realisiert. Diese zunächst paradox erscheinende Dialektik wird anhand zweier sich wechselseitig bedingender Aspekte der DKP-Theorie aufgezeigt: der außenpolitischen „Theorie der friedlichen Koexistenz“ und der innenpolitischen Gesellschaftsutopie des kybernetischen Staatskapitalismus.

Durch diese Kritik erst läßt sich die Politik der DKP in der Friedensbewegung systematisch begreifen. Der dritte Abschnitt setzt sich daher zum einen mit der „alternativen Sicherheitspolitik“ der DKP anhand des Begriffs der „nationalen Interessen“ auseinander und zeigt zum anderen in einem kursorischen Überblick über die „DKP in der Friedensbewegung“, warum sich die DKP permanent selbst auf die Füße treten muß. Die dauernde Selbstkarrikatur einer Partei, die im öffentlichen Bewußtsein das Erbe auch Marx' vertritt, ist es, die u.a. einen revolutionären Neuanfang so schwierig macht.

Die Methode der Kritik hat sich aus der Beschaffenheit ihres Gegenstandes abzuleiten. Einen lächerlichen Gegenstand behandelt man angemessen und ernst, indem man ihn lächerlich macht. Die DKP behandelt man marxistisch, indem man ihr angemessenes Monopol am Kommunismus als Anmaßung und Hochstapelei aufzeigt.

### **Imperialismustheorie – oder : die staatskapitalistische Wahrheit Lenins**

Lenin formulierte seine Imperialismustheorie während des ersten Weltkrieges am Vorabend der russischen Revolution von 1917. Der Zusammenbruch der II. Internationale, die Unterstützung der Vaterlandsverteidigung durch die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas (mit Ausnahme des winzigen linken Flügels dieser Parteien) und schließlich der Krieg selbst verlangten nach einer Erklärung – einer Erklärung, die die Möglichkeit der sozialistischen Weltrevolution einzuschließen hatte; nach einer Theorie, die in politische Praxis umschlagen konnte. Als solche sollte sie nicht nur für Rußland Gültigkeit beanspruchen, sondern hatte revolutionäre Praxis als Weltrevolution zu entwerfen, deren Anstoß die russische Revolution sein sollte. Die Imperialismustheorie als Theorie der Weltrevolution erhebt den Anspruch, ihre Möglichkeit aus den Widersprüchen des Imperialismus erklären zu können.

<sup>1</sup> *Programm der DKP*, beschlossen vom Mannheimer Parteitag der DKP, 20.-22.10.1978, S. 65

<sup>2</sup> Wir beziehen uns dabei auf die Lenin-Kritik der Marxistischen Aufbauorganisation: *Die Krise der kommunistischen Parteien*, Erlangen 1973, S. 237 ff., einen Kritikansatz, der in der Tradition H.-J. Krahls steht und leider für die linke Diskussion keine Bedeutung gewann.

Konstitutiv für diese Theorie ist die Begeisterung, mit der der Begriff der Arbeit benutzt wird. In der „Vergesellschaftung der Arbeit“ durchs Kapital wird die Triebkraft der Revolution erblickt. Vergesellschaftung wird mit technischer Organisation gleichgesetzt, die den ehemals zersplitterten Arbeitsprozeß gesellschaftlich zusammenfaßt. Ihren manifesten Ausdruck erhält diese Bewegung durch die „Monopolbildung“. Im Monopol erblickt Lenin das Schlußwort der kapitalistischen Entwicklung: „Die Konkurrenz wandelte sich zum Monopol. Die Folge ist ein gigantischer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion.“<sup>3</sup>

Allerdings kann diese „Vergesellschaftung“ unter kapitalistischen Bedingungen nie vollständig durchgeführt werden: „In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet.“<sup>4</sup>

Die bloß quantitative Fortführung der kapitalistischen Kooperation in der Fabrik und die Ausdehnung der „Organisation“ auf die gesamte Gesellschaft, die Lenin im Begriff der „Vergesellschaftung der Arbeit“ zusammenfaßt, bezeichnen somit sozialistische Produktionsverhältnisse. „Der objektive Gang der Entwicklung ist derart, daß man von den Monopolen aus (und der Krieg hat deren Zahl, Rolle und Bedeutung verzehnfacht) nicht vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten.“<sup>5</sup>

Daher betont Lenin immer wieder, daß das vollständige Monopol unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich ist: „Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er ‘verknötet’ die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen usw. beseitigen kann der Imperialismus nicht. (...) Nicht reine Monopole, sondern Monopole neben dem Austausch, dem Markt, der Konkurrenz, den Krisen – das ist überhaupt die wesentlichste Eigenart des Imperialismus.“<sup>6</sup>

Nur so kann sich Lenin gegen die Kautskysche Ansicht eines „friedlichen Ultra-Imperialismus“<sup>7</sup> absetzen. Zwar sind – so Lenin – durch die

Monopolisierung die materiellen Bedingungen der sozialistischen Weltrevolution herangereift, jedoch verhindert der monopolistische Imperialismus die Anwendung dieser Errungenschaften des arbeitenden Volkes zu dessen eigenem Nutzen. Kriege und Krisen sind die Resultate dieser „Verknötung“ von Monopol und Konkurrenz. Den Grund dafür erblickt Lenin in der „privaten Aneignung“ des gesellschaftlich produzierten: „Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung jedoch bleibt privat. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel bleiben Privateigentum einer kleinen Anzahl von Personen.“<sup>8</sup>

Durch die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital schrumpft die Anzahl dieser Personen auf ein winziges Häuflein. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz wird durch die „Herrschaft des Finanzkapitals“ ersetzt. Die „gesellschaftliche Produktion“ wird durch die „parasitären Coupon-Schneider“ angeeignet. Das Monopol als quasi-feudale Revenue-Quelle hemmt den „gesellschaftlichen Fortschritt“: „Der Rentnerstaat ist der Staat des parasitären verfaulenden Kapitalismus.“<sup>9</sup>

Lediglich das Herrschaftsinteresse einer Handvoll Imperialisten verhindert demnach die volle Vergesellschaftung der Arbeit, den Durchbruch zum Sozialismus. Die Widersprüche des Imperialismus liegen daher nicht in der Bewegung des Kapitals als gesellschaftlichem Verhältnis, sondern im sich wechselseitig ausschließenden Machtanspruch der imperialistischen Monopolisten. Sie durch die Machtergreifung des revolutionären Proletariats zu stürzen und die Vergesellschaftung der Arbeit zu Ende zu führen, ist daher für Lenin Zweck der Weltrevolution: „Nun versuche man einmal, an Stelle des junkerlich-kapitalistischen Staates den revolutionär-demokratischen Staat zu setzen, d.h. einen Staat, der in revolutionärer Weise alle Privilegien abschafft, der sich nicht davor fürchtet, auf revolutionärem Wege den Demokratismus voll und ganz zu verwirklichen. Man wird sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet!“<sup>10</sup>

Die moralische Kritik reduziert kapitalistische Produktionsverhältnisse auf quasi-feudale Privilegien. Für Lenin ergibt sich damit die Möglichkeit, anti-feudale Bauernrevolution und anti-imperialistische Arbeiterrevolution zu einer einheitlichen Strategie der Revolution zu

<sup>3</sup> Lenin *Werke* (LW) 22/209 (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> LW 25/369 (Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll)

<sup>6</sup> LW 24/465 (Einige Erwägungen zu den Bemerkungen in der Kommission der gesamtrussischen Aprilkonferenz, in: Materialien zur Revision des Parteiprogramms)

<sup>7</sup> Die Ultra-Imperialismus-Theorie behauptet, die Notwendigkeit des Weltfriedens aus der Bewegung des Kapitals selbst ableiten zu können.

<sup>8</sup> LW 22/209

<sup>9</sup> Ebd. 283

<sup>10</sup> LW 25/368

verschmelzen. Es kann hier nur angedeutet werden, daß darin die historische Rolle der Leninschen Imperialismustheorie als Selbstbewußtsein der erwarteten Weltrevolution liegt. Die revolutionäre Partei soll als disziplinierte Kaderorganisation die antif feudale, demokratische Revolution zu Ende führen und diese damit bereits über sich hinaustreiben. Konsequente Verwirklichung der Demokratie schließt sowohl die Verstaatlichung von Grund und Boden – nach Marx eine Maßnahme des konsequenten Kapitalismus – als auch die Verwirklichung des „revolutionären Demokratismus“ der Arbeiterklasse durch staatskapitalistische Rechnungsführung und Arbeiterkontrolle ein.

Die Demokratie, einst Kampfmittel des Bürgertums gegen den Feudalismus, findet in den revolutionären Arbeitern und Bauern ihren neuen historischen Träger, da im parasitären Kapitalismus die fortschrittshemmende Bourgeoisie reaktionär wird: „Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus, ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion.“<sup>11</sup>

Lenins emphatischer Fortschrittsbegriff konstruiert eine Kontinuität zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der die Differenz zwischen beiden auf die volle Verwirklichung des „idealen Kapitalismus“ reduziert. Lediglich eine kleine Clique unverbesserlicher, reaktionärer Finanzaristokraten verhindert dies mit ihren Machtansprüchen. An ihre Stelle muß da her die revolutionäre Partei treten<sup>12</sup>, die – kraft ihrer Einsicht in den „wissenschaftlichen Sozialismus“ – die „allgemeinen historischen Gesetzmäßigkeiten“ kennt und in die Praxis umzusetzen weiß: „Aus der Tatsache, daß ihr lebt und wirtschaftet, Kinder gebärt und Produkte erzeugt, sie austauscht, entsteht eine objektiv notwendige Kette von Ereignissen, eine Entwicklungskette, die von eurem gesellschaftlichen Bewußtsein unabhängig ist, die von diesem niemals restlos erfaßt wird. Die höchste Aufgabe der Menschheit ist es, diese objektive Logik der wirtschaftlichen Evolution (der Evolution des gesellschaftlichen Seins) in den allgemeinen Grundzügen zu erfassen, um derselben ihr gesellschaftliches Bewußtsein und das der fortgeschrittenen Klassen aller kapitalistischen Länder so deutlich, so klar, so kritisch als möglich anzupassen.“<sup>13</sup>

Die Anpassung des Bewußtseins an das objektiv Notwendige, d.h. an den konsequenten Fortschritt kapitalistischer Vergesellschaftung, verlangt „Disziplin“ und „Klassenbewußtsein“, die nur einige wenige in der Partei zusammengeschlossene Berufsrevolutionäre realisieren können. Durch die derartig bestimmte revolutionäre Aktion sollen „alle Privilegien“<sup>14</sup> abgeschafft werden. Wie den Feudalen der Grundbesitz als Revenuequelle entzogen wird, so dem Kapitalisten seine Coupons.

Was für die inneren Verhältnisse Rußlands gilt, bezieht Lenin auch auf die internationalen Verhältnisse zwischen imperialistischen Ländern und Kolonien. Um den Preis, das Kapitalverhältnis auf eine politische Privilegienstruktur zu reduzieren, formuliert Lenin damit – unter den Bedingungen des beginnenden 20. Jahrhunderts – eine theoretisch begründete Strategie der Weltrevolution, die gültig nur in dieser historischen Konkretion ist.

So wie die bürgerliche Kritik im Pathos der Aufklärung nur die offensichtlichen Ungechtigkeiten zu denunzieren brauchte, um den Blick für ein schon längst entwickeltes, neues Gesellschaftsprinzip – die Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit der kapitalistischen Warenproduktion – zu schärfen, so beruft sich Lenin auf ein bereits in der alten Gesellschaft vorhandenes Neues, das zur Grundlage der sozialistischen Gesellschaft werden sollte – die vergesellschaftete Arbeit.

Das Selbstbewußtsein des Facharbeiters der Jahrhundertwende, dessen „starker Arm alle Räder still stehen lassen konnte“, ist der psychologische Ausdruck einer Arbeiterbewegung (sowohl der sozialdemokratischen als auch der kommunistischen), der die Arbeit als neues Gesellschaftsprinzip galt. „Kampfbund zur Befreiung der Arbeit“ hieß die revolutionäre Gruppe, der Lenin 1897 in Petersburg angehörte. Die Marxsche Kritik an der Arbeit, deren Aufhebung er als Inhalt der sozialistischen Befreiung bestimmt, war dieser Arbeiterbewegung immer fremd. In der Emphase der Arbeit als sozialistischem Prinzip und der Kritik kapitalistischer Produktionsverhältnisse als ungerechtem Verteilungssystem faßt sich somit das Selbstverständnis der traditionellen Arbeiterbewegung zusammen. „Übersehen“ wurde dabei, daß Arbeit als Arbeit an sich, als Arbeit sans phrase<sup>15</sup>, ohne inhaltliche Bindung an ein „wozu?“ und „wie?“ ihrem Begriff nach stets kapitalistische Arbeit ist. Sozialistische Produktionsverhältnisse werden auf bloßen Staatskapitalismus reduziert, der die Produkte im Gegensatz zum imperialistischen Kapitalismus gerecht, d.h. nach der Arbeitsleistung verteilt. Staatskapitalismus ohne parasitäre Coupon-Schneider, darin resümiert

<sup>11</sup> „Allerdings ... unterscheidet sich das Grundeigentum von den übrigen Arten des Eigentums dadurch, daß auf einer gewissen Entwicklungshöhe, selbst vom Standpunkt der kapitalistischen Produktionsweise aus, es sich als überflüssig und schädlich erweist“ (Marx, *Kapital* III, S. 635 f.

<sup>12</sup> B. Rabehl, W. Spohn, U. Wolter: Der Einfluß der jakobinischen und sozialdemokratischen Tradition auf das leninistische Organisationskonzept, in: *Prokla* 17/18 (1975), S. 99-146; R. Dutschke: *Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukacs und die Dritte Internationale*, Berlin 1974, v.a. S. 97 ff u. 114 ff.

<sup>13</sup> LW 23/34 (Über eine Karikatur auf den Marxismus)

<sup>14</sup> LW 14/328 (Materialismus und Empiriokritizismus)

<sup>15</sup> LW 25/368

sich der Leninsche Sozialismus. „Konsequenter Demokratismus“ als politisches System findet sein gesellschaftliches Prinzip in der Arbeit. Als Arbeiter ist der Mensch nicht nur Schöpfer gesellschaftlichen Reichtums, sondern unmittelbar auch Staatsbürger.<sup>16</sup> Das lutherisch-protestantische Prinzip „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, das sich einst gegen den Feudaladel wendete, soll nun den „gesellschaftlich nutzlosen“ Kapitalisten die Existenzgrundlage entziehen und im „Arbeiter- und Bauernstaat“ die Gesellschaft als Fabrik organisieren: „Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.“<sup>17</sup>

Die Leninsche Imperialismustheorie als Selbstverständnis der Oktoberrevolution und der traditionell kommunistischen Arbeiterbewegung setzt die Kritik demnach nicht an der kapitalistischen Vergesellschaftung an, sondern an deren unvollendeter Verwirklichung, der eine Handvoll Parasiten im Wege steht. Kritik wird zu einer moralischen Anklage der Finanzaristokratie, der das arbeitende Volk eigentumslos gegenübersteht. Die moralische Kritik denunziert nicht gesellschaftliche Herrschaft überhaupt, sondern kämpft für die konsequentere, gerechtere Herrschaft. Die bürgerliche Ideologie der Demokratie soll im „konsequenten Demokratismus“ endlich verwirklicht werden.

Da diese Theorie nicht nur Grundlage der kommunistischen, sondern in modifizierter Form auch der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war und für die kommunistische heute noch ist, kann diese Verkürzung der Marxschen Kapitalismuskritik nicht der Unfähigkeit der Nach-Marxschen Theoretiker angekreidet werden. Die Verwandlung der Marxschen Kapitalismuskritik in eine revolutionäre Apologie des Kapitals im Allgemeinen verweist vielmehr auf die historische Konstitution der Arbeiterbewegung als einer gewerkschaftlichen, ökonomisch orientierten Bewegung, deren spezifische Bedürfnisse sich in dieser Verwandlung ausdrücken. Die Kanonisierung Lenins im stalinistischen Leninismus<sup>18</sup> „verallgemeinerte“ allerdings eine historische Theorie, die – wie gesagt – gültig nur in ihrer historischen Konkretion ist.<sup>19</sup>

Diese Strategie der Revolution mußte, behielt sie „gesellschaftliche Arbeit“ trotz voranschreitender Kapitalisierung der Gesellschaft als ihren kritischen Stützpunkt bei, schließlich zur Aufgabe der Revolution überhaupt führen.<sup>20</sup> Das materielle Argument der Existenz der Sowjetunion, die Lenins Programm des Staatskapitalismus mit stalinistischer Gewalt realisierte und die Praxis der westeuropäischen kommunistischen Parteien „verhinderten“ dabei eine grundsätzliche Kritik, die zur materiellen Gewalt hätte werden können.

Der Wandel der parteikommunistischen Theorie nach 1920 kann hier nicht nachgezeichnet werden. Wir wollen stattdessen im zweiten Abschnitt deren zeitgenössische Form kritisch darstellen. Dies unter zwei Aspekten: außenpolitisch als Kritik der Politik der „friedlichen Koexistenz“, und innenpolitisch als Kritik der Politik des „anti-monopolistischen Bündnisses“. Die dabei aufscheinende Gesellschaftsutopie der DKP erst kann deren Politik in der Friedensbewegung plausibel machen. Zu Beginn der beiden Teile des zweiten Abschnitts soll jeweils kurz auf Lenin zurückgegangen werden, erstens um den theoretisch-strategischen Bruch zwischen Lenin und DKP zu betonen, und zweitens um herauszuarbeiten, daß die DKP unter spätkapitalistischen Vergesellschaftungsverhältnissen Lenins Theorie erst realisiert.

### **Der parteikommunistische Sozialismus Oder: Die Utopie des kybernetischen Staatskapitalismus**

Zur Kritik der Theorie der „friedlichen Koexistenz“: Anfang der 20er Jahre entwickelte Lenin die „Politik der Atempause“. Da die Revolution in Westeuropa auf sich warten ließ, sollte das „äußerst labile Gleichgewicht“<sup>21</sup> der internationalen Verhältnisse zur inneren Stabilisierung des revolutionären Rußland genutzt werden. Handels- und Konzessionsverträge mit den kapitalistischen Ländern wurden als Möglichkeit angesehen, sowohl die „Errungenschaften“ des Kapitalismus revolutionär auszunutzen, als auch die Gefahr eines erneuten Angriffs auf die SU abzuschwächen. Gleichzeitig sollte die Kommunistische Internationale (KI) die neu gegründeten KPen in ihrer revolutionären Politik unterstützen.

Lenin verstand die „Politik der Atempause“ dabei als „Fortsetzung des Krieges (d.h. des

<sup>16</sup> K. Marx: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1974, S. 25 und 943 f.

<sup>17</sup> Stalin knüpfte hier mit seiner Theorie des „Staates des ganzen Volkes“ an.

<sup>18</sup> LW 25/488 (Staat und Revolution)

<sup>19</sup> J. Stalin: Über dialektischen und historischen Materialismus, in: ders.: *Fragen des Leninismus*, Berlin 1971, S. 647-679. Vgl. dazu H. Brinkmann: *Stalin – Theoretiker der Bürokratie*, Gießen 1981

<sup>20</sup> Lenin selbst arbeitete dem schon vor, wenn er schreibt: „... versteht man unter internationaler Bedeutung, daß das, was bei uns geschehen ist, internationale Geltung hat oder sich mit historischer Unvermeidlichkeit im internationalen Maßstab wiederholen muß, so muß man einigen Grundzügen unserer Revolution eine solche Bedeutung zuerkennen“ (LW 31/5: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus)

<sup>21</sup> M. Faßler: *Gemeinschaft oder Herrschaft. Zerfallsgeschichte einer Utopie herrschaftsfreier Gesellschaft*, Gießen 1979; A. Rosenberg: *Geschichte des Bolschewismus*, Ffm. 1975

internationalen Klassenkampfes, Anm. d. V.) in anderer Form, mit anderen Mitteln<sup>22</sup>, betrachtete sie also immer noch als Mittel der säumigen Weltrevolution. Staatliche Außenpolitik sollte die internationale Revolutionspropaganda lediglich ergänzen und die Zeit bis zu einem erneuten Aufschwung der Revolution in Westeuropa überbrücken. Dieser Doppelcharakter der „Außenpolitik“ Lenins war dem Doppelcharakter der Revolution selbst geschuldet. Als Weltrevolution sollte sie Staatspolitik überhaupt aufheben, konnte dies aber so lange nicht, wie sie erst in einem Land verwirklicht worden war. Je mehr sich aber abzeichnete, daß die russische Revolution isoliert bleiben würde, wurde die Weltrevolution der Konsolidierung der Sowjetunion als Nationalstaat geopfert. Die „Politik der Atempause“ realisierte sich in pausenloser Staatspolitik. Im gleichen Maße verwandelte sich die KI aus einem Gremium zur Koordination der Weltrevolution in den verlängerten Arm stalinistischer Außenpolitik, die die jeweiligen kommunistischen Parteien in entsprechende Innenpolitik umzusetzen hatten. „Der sozialistische Staat selbst wurde in dem Maße zum Ausweis der möglichen sozialistischen Weltrevolution, wie in den einzelnen Ländern die Hoffnung auf die Revolution schwand.“<sup>23</sup>

In der DDR/DKP-Geschichtsschreibung wird die immanente Widersprüchlichkeit der „Politik der Atempause“ zur Politik der „friedlichen Koexistenz“ glattgebügelt. Gerade ihr vorwärtstreibendes Moment, die noch präsenste Hoffnung auf die Weltrevolution, der utopische Überschub der Praxis Lenins über seine eigene Theorie, wird dabei zugunsten ihres schließlichen Scheiterns in Form der „sozialistischen Staatspolitik“ liquidiert. Was für Lenin eine Notlösung war, das wird hier zur Tugend. Die Geschichte der russischen Revolution wird von ihren staatskapitalistischen Resultaten aus geschrieben und dies obendrein als die Wahrheit des Sozialismus ausgegeben. Insofern aber wird die Leninsche Verkürzung sozialistischer Befreiung in staatskapitalistische Vergesellschaftung in der Theorie der DKP gerade realisiert: Lenin ist die Wahrheit der russischen Revolution malgré lui.

Obwohl mit dem Hitler-Stalin-Pakt bereits praktisch vorweggenommen, wird die Politik der „friedlichen Koexistenz“ erst auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 offiziell als Staatsdoktrin anerkannt und im neuen Parteiprogramm auch festgeschrieben. Danach ist die Welt-„revolution“ allein schon durch die Existenz der Sowjetunion garantiert. Die Dialektik des Kapitals wird ersetzt durch den „Hauptwiderspruch“ zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“. Daher gelten auch imperialistische Kriege fortan nicht mehr als unvermeidlich – wie dies noch Lenin behauptete – sondern können durch die sowjetische Außenpolitik der „friedlichen Koexistenz“ verhindert werden.<sup>24</sup> Jeder Vertrag, der diesem Ziel dient, ist damit per se revolutionär, da er dem Weltfrieden dient. Weltrevolution und Weltfrieden werden zu Synonymen. Begründet wird dies nicht mehr mit der leninistischen Klassenkampflehre, sondern mit den machtpolitischen und militärtechnologischen Verhältnissen der Nachkriegsära. Unter der Prämisse, daß die „allgemeine Krise des Kapitalismus“ – in deren dritte Phase wir mittlerweile eingetreten sind – nicht aufhört, sich zu verschärfen, haben Sowjetunion und kommunistische Parteien lediglich den Frieden zu sichern und die „Systemkonkurrenz“ voranzutreiben: „Friedliche Koexistenz bedeutet Kontakte, ständige Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme, Wettbewerb um die beste Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und auch eine bestimmte gegenseitige Hilfe durch den Handel und die Ausnutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung.“<sup>25</sup>

Was die bürgerliche Theorie der internationalen Beziehungen immer behauptet, soll jetzt endlich Realität werden: „Die friedliche Koexistenz ist das allgemein anerkannte Völkerrecht in Aktion, das zur Hauptnorm der Beziehungen zwischen Staaten geworden ist.“<sup>26</sup> Wie der sowjetische „Sozialismus“ lediglich der von aller unkontrollierten „Anarchie“ gereinigte Staatskapitalismus ist – freilich dies auch nur dem Selbstverständnis, nicht jedoch der Realität nach – so soll auch die Staatenwelt sich nach den Lehrbuchmeinungen richten, die bisher nur Ideologie waren. Der Klassenkampf – in revolutionären Zeiten von Lenin als Prinzip revolutionärer Außenpolitik verkündet – fristet fortan auf ideologischer Ebene ein kümmerliches Dasein: „Auf politischem Gebiet setzt sie (die friedliche Koexistenz) den Kampf um den Frieden, um den Zusammenschluß aller gegen einen räuberischen Krieg auftretenden Kräfte voraus, den Kampf dafür, daß ein thermonuklearer Weltkrieg verhindert wird. In der Wirtschaft ist das ein Wettstreit der beiden Systeme um höhere Arbeitsproduktivität, um bessere Lebensbedingungen für die Bevölkerung, für die Werktätigen. Was aber die Ideologie betrifft, so erklären die Kommunisten frank und frei, daß es in dieser Hinsicht keine Koexistenz geben kann. Sie fordern einen kompromißlosen Kampf zwischen der kommunistischen und der bürgerlichen Ideologie. Doch ist dieser Kampf in jedem dieser Bereiche mit friedlichen Mitteln, ohne Waffengewalt zu führen. Das ist der Wesensinhalt

<sup>22</sup> LW 32/476 (Thesen zum Referat auf dem III. Kongreß der KI über die Taktik der KPR)

<sup>23</sup> LW 31/460 (Referat über die Konzessionen, gehalten in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des VIII. Sowjetkongresses“)

<sup>24</sup> U. Schmiederer: *Zur sowjetischen Theorie der friedlichen Koexistenz*, Ffm. 1968, S. 15

<sup>25</sup> DKP (Hrsg.): *Zum Verhältnis von Kommunisten und Pazifisten*, Düsseldorf 1982, S. 13

<sup>26</sup> A.A. Gromyko: *Die friedliche Koexistenz – der Leninsche Kurs der Außenpolitik der SU*, Berlin 1962, zit. n. U. Schmiederer, a.a.O., S. 35

der friedlichen Koexistenz.“<sup>27</sup>

„Realpolitik“, die auf die Erhaltung des Status quo zielt, wird durch „ideologischen Kampf“ metaphysisch zu revolutionärer Politik überhöht. Die immanente Widersprüchlichkeit des Leninschen Revolutionskonzepts, die der Dialektik von bäuerlich-proletarischer Massenpraxis und staatsförmiger Parteipolitik entspricht, zeigt sich nun in der Aufspaltung in staatspolitische Realpolitik einerseits und Revolutionsphraseologie andererseits. Sollte das „klassenbewußte, disziplinierte Proletariat“ in Form der Partei bei Lenin noch die „demokratische Revolution“ zu Ende führen und in „ersten Schritten zum Sozialismus“ über diese hinaustreiben, so schlägt nun die staatskapitalistische Realität derart auf die Revolutionsemphase zurück, daß letztere nichts, erstere aber alles wurde.

Die „Friedensliebe“ des sowjetischen Staatskapitalismus ist aber nicht etwa der Ausschaltung der expansiven Tendenzen der Kapitalakkumulation durch die „bewußte Anwendung des Wertgesetzes“ geschuldet, sondern der weltpolitischen Defensivsituation der Sowjetunion im Verhältnis zum westlichen Kapitalismus. Die Darstellung der Sowjetunion als „Friedensmacht Nr. 1“ (durch die DKP) entspricht daher der Ideologisierung der westlichen Außenpolitik als Verteidigung der „Freiheit“; fügt man letzterer für gewöhnlich „des Kapitals“ hinzu, um sie als das zu kennzeichnen, was sie ist, so kann der von der SU geschützte Frieden nur als Friedhofsruhe interpretiert werden, der die sowjetischen Bürokraten zur Sicherung ihrer Herrschaft bedürfen. Die wenigen Male, die die SU sich tatsächlich als imperialistische Macht betätigte, um ihren Herrschaftsbereich zu sichern, rücken demnach zwar die Ideologie der „sowjetischen Friedensliebe“ ins rechte staatspolitische Licht, beweisen aber keineswegs, was in einem Teil der Friedensbewegung im Anschluß an Thompsons von Bahro<sup>28</sup> vulgarisierter „Exterminismus-Theorie“ en vogue ist, nämlich daß die SU genauso kriegstreiberisch sei wie die USA. Die historische Analyse zeigt nicht nur, daß die Sowjetunion in der Waffenentwicklung den USA stets hinterherhinkt, sondern auch, daß – bei allen Differenzen zwischen Lenin und seinen Nachfolgern – die sowjetische Außenpolitik stets nur defensiv ihren Machtbereich verteidigte. Zwar ist hierin die materielle Basis der Ideologie der friedlichen Koexistenz zu sehen; allein, es bleibt die Frage, warum dies so war und ist.

Ein Vergleich zwischen den USA und der Sowjetunion mag dies erhellen. Die Weltwirtschaftskrise von 1929-32 wurde in den USA erst mit deren Eintritt in den zweiten Weltkrieg überwunden. Erst die staatliche Extra-Nachfrage nach Rüstungsgütern brachte die Akkumulation wieder in Schwung. Nach dem Krieg war dann die Umstellung der aufgeblähten Rüstungskapazitäten auf die Produktion ziviler Waren nicht mehr möglich, da anders eine sofortige Überfüllung des Marktes die Folge gewesen wäre. So wurde der Rüstungssektor für die Akkumulation des US-Kapitals zur absoluten Notwendigkeit.<sup>29</sup> Einflußreiche US-Politiker gaben dies indirekt auch zu: „Die größte Bedrohung, der sich die USA gegenübersehen, ist die Möglichkeit, daß N. Chruschtschow mit einem echten Friedensplan hervortritt, der nicht zurückgewiesen werden kann.“<sup>30</sup>

Konnte die absolute Überakkumulation des Kapitals in den USA durch eine ausgedehnte Rüstungsproduktion in die Zukunft verschoben werden, so sah sich die Sowjetunion dem Zwang ausgesetzt, den ökonomisch-technischen Vorsprung der USA einzuholen; dies nicht nur, um militärtechnologisch mithalten, sondern auch, um die eigene Bevölkerung mit westlichem Konsumstandard passiv halten zu können. So lange die besten Wissenschaftler, die hochwertigsten Materialien und die modernsten Maschinen für die Produktion nutzloser Atomraketen in Beschlag genommen sind, sind einer Steigerung des sowjetischen Lebensstandards enge Grenzen gesetzt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Atomraketen, da die konventionelle Rüstung zur militärischen Absicherung ihres Herrschaftsbereiches für die Herrschenden der SU durchaus funktional ist. Nicht so diejenigen Waffensysteme, die der US-Bedrohung entgegengesetzt werden müssen, will die SU als Staat ihre Souveränität bewahren. Die innenpolitischen Spannungen, die der Zwang zur Aufrüstung in der SU erzeugt, werden nicht erst seit Reagan als konstitutiv ins Kalkül US-amerikanischer Strategie einbezogen: „Rowan (Beamter des Pentagon, d.V.) befürwortet eine sehr große Verstärkung der amerikanischen Rüstung, denn auf diese Weise würde die SU gezwungen, ebenfalls ihr Rüstungsbudget zu vergrößern. ‘Ein großer Zuwachs im Verteidigungsbudget’, sagt Rowan, ‘würde ihre industriellen Investitionen verlangsamen und den Lebensstandard der Verbraucher bedeutend reduzieren, da der Verbrauch bereits sehr niedrig ist und sehr wenig Spielraum in dem sowjetischen 250-Mrd.-Wirtschaftsbudget ist. (...) Aber in diesem Moment’, so fährt er fort, ‘gibt es noch einen Vorsprung, den die USA voll ausnutzen sollten. Nicht nur, indem sie eine militärische Macht aufbauen, sondern indem sie wirtschaftlichen Druck ausüben, der soziale Unru-

<sup>27</sup> Ebd. S. 32

<sup>28</sup> J.P. Franzew (Hrsg.): *Kommunismus – heute und morgen*, Ffm. 1965, zit. n. U. Schmiederer, a.a.O., S. 39

<sup>29</sup> E.P. Thompson: ‘Exterminismus’ als letztes Stadium der Zivilisation, in: *Befreiung* 19/20, Berlin 1980; R. Bahro: Überlegungen zu einem Neuanatz der Friedensbewegung in Deutschland, in: *Befreiung* Nr. 21

<sup>30</sup> D. Senghaas berechnete für das Jahr 1967 den Anteil der Rüstungsproduktion in verschiedenen Industriezweigen; s. D. Senghaas: *Rüstung und Militarismus*, Ffm. 1972, S. 161. Senghaas schließt daraus, daß zivile und Rüstungsproduktion systematisch nicht voneinander getrennt werden können. S. ebd. S. 163 ff.

hen in dem sowjetischen -System erregt'.<sup>31</sup>

So bleibt der Sowjetunion nichts anderes übrig, als einerseits soviet Technologie wie möglich zu importieren, um den ökonomisch-technologischen Vorsprung der USA aufzuholen und dabei so wenig industrielle Kapazitäten wie möglich, aber auch so viele wie nötig auf die Rüstungsproduktion zu verwenden, und andererseits jede sich bietende Chance zur Rüstungsbezugung, Entspannung und Kooperation wahrzunehmen. Daher die Zurückhaltung der SU bei internationalen Konflikten. Wenn sie an nationale Befreiungsbewegungen Waffen liefert, dann spricht daraus nicht die schiere Menschenliebe, sondern das Kalkül, daß jeder Staat, der den USA nicht hörig ist, das internationale „Gleichgewicht“ zugunsten der SU verändert, d.h. die Offensive der USA ein Stück weit zurückdrängt. Dies wird jedoch nicht durch die Ausweitung des sowjetischen Machtbereichs erreicht, wie oft behauptet, sondern durch die politische Unabhängigkeit dieser Länder.

Angola mag hier als Beispiel dienen. Stets zur Hand, wenn es darum geht, den weltweiten Vormarsch der SU in den 70er Jahren zu beweisen, zeigt sich bei näherem Hinsehen ein weit differenzierteres Bild. Die Militärhilfe Cubas und der SU garantiert allein die politische Unabhängigkeit Angolas, die anders unter den Schlägen der von den USA und Südafrika unterstützten UNITA längst zugunsten eines US-genehmen Regimes gefallen wäre. Doch zählt Angola nicht zum sowjetischen Machtbereich, da die wirtschaftliche Abhängigkeit vom westlichen Kapitalismus den ökonomischen Einfluß Cubas und der SU weit überwiegt. So werden nicht nur 69% des Außenhandels mit westlichen Ländern abgewickelt – auch die Öl- und Diamantenförderung ist ohne westliches Kapital nicht zu schaffen.<sup>32</sup> Warum leistet aber die SU nicht diese euphemistisch sog. „Wirtschaftshilfe“? Weil sie aufgrund der oben angeführten Gründe genug mit sich selbst zu tun hat. Der Kreis schließt sich.

Die Politik der „friedlichen Koexistenz“ erweist sich somit als defensive Weltdiplomatie einer „Supermacht“, deren Ziel die Konservierung des internationalen Status quo ist. Den hohen Stellenwert, den die SU der UNO als Verkörperung des Völkerrechts beilegt, unterstreicht, daß sie die Beziehungen zur „westlichen Welt“ mit diplomatischen Mitteln stabilisieren will. Die Anwendung von (atomarer) Gewalt als ultima ratio zwischenstaatlicher Beziehungen soll durch die Politik der friedlichen Koexistenz – „das allgemein anerkannte Völkerrecht in Aktion“ – vermittels der UNO als Weltstaat überflüssig werden. Das Illusorische dieser Konzeption zeigt sich bei jedem internationalen Konflikt, der die SU zum tatenlosen Zuseher verdammt, aufs neue. Außer einigen offiziellen Stellungnahmen und Waffenlieferungen an Syrien nimmt die SU im Gegensatz zu den USA auf den „Nahost-Konflikt“ schon seit Jahren keinen Einfluß mehr. Da die UNO keinerlei Gewaltmittel zur Verfügung hat, wird das Völkerrecht regelmäßig den Herrschaftskalkülen der in ihr zusammengeschlossenen Staaten geopfert. Die Theorie der „friedlichen Koexistenz“ erweist sich als Defensivstrategie einer Staatengruppe, die das bürgerliche Recht der bürgerlichen Gewalt entgegenhält, nur um bei jedem internationalen Konflikt erneut von ihrer weltpolitischen Machtlosigkeit überzeugt zu werden. Der idealistische Appell der Sowjetunion an das bürgerliche Recht stilisierte in seiner Ohnmacht die politischen Führer der westlichen Metropolen zu autonom entscheidenden Individuen.

Wie gezeigt wurde, finden sich Ansätze einer derartigen Personalisierung politischer Entscheidungen bereits in Lenins Imperialismustheorie. Aber erst mit der Behauptung der weltpolitischen Defensive des Imperialismus seit Ende der 50er Jahre kann die Theorie der „friedlichen Koexistenz“ es für möglich halten, „einen ‘neuen Typus der internationalen Beziehungen’, den das sozialistische System vertritt, in die internationale Politik einzuführen.“<sup>33</sup> Die Vernunft der westlichen Staatspräsidenten entscheidet fortan, ob diese mögliche neue Qualität auch realisiert wird: „Der Systemwettstreit kann ‘am Rande des atomaren Abgrundes’, also mit feindlicher Konfrontation und Boykottpolitik ausgetragen werden... Der Systemwettstreit ist jedoch auch nach den Prinzipien von Entspannung und friedlicher Koexistenz zu gestalten, also mit vernunftorientiertem friedlichem Konfliktaustrag und mit Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil! Es hängt vom realistischen oder vom abenteuerlichen Herangehen ab, jedoch auch von den internationalen Kräfteverhältnissen, wie sich der Systemwettstreit entwickelt.“<sup>34</sup>

Kann dies nur als ideologische Hypostasierung der sowjetischen Defensive interpretiert werden, so hat eine derartige Moralisierung internationaler Politik entscheidende Bedeutung für die sich an der SU ausrichtenden KPen. Denn so (staatspolitisch) zweckmäßig die sowjetische Weltpolitik der UNO-Diplomatie für deren eigene Interessen als Staat ist, so verheerend wirkt sich dies auf die Politik einer Partei aus, die den Anspruch erhebt, „die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in der BRD“<sup>35</sup> zu sein. Revolutionäre Politik wird hier stets als Staatspolitik verstanden, die sich an den Bedürfnissen des „Sozialistischen Vaterlandes“ auszurichten hat. Innenpolitisch

<sup>31</sup> T. Coleman Andrews, lt. *New York Times* v. 30.10.1960, zit. n. F. Vilmar: *Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus*, S. 211, 254

<sup>32</sup> Tagungsbericht in *Newsweek* v. 2.10.1961, S. 50, zit. n. ebd. S. 235

<sup>33</sup> Börsen- und Wirtschaftsjahrbuch 1982, S. 240

<sup>34</sup> U. Schmiederer, a.a.O. S. 26

<sup>35</sup> *Marxistische Blätter* 4/83, S. 40 f.

entspricht der Politik der „friedlichen Koexistenz“ dabei die Politik des „anti-monopolistischen Bündnisses“. Letzteres soll im folgenden diskutiert werden.

### **Das antimonopolistische Bündnis als staatskapitalistische Überlebensgemeinschaft**

Die Politik des antimonopolistischen Bündnisses steht in der Tradition des nationaldemokratisch-antifaschistischen Kampfes der alten KPD. 1935, auf dem VII. Weltkongreß der KI als verbindliche KP-Politik beschlossen, stützt diese sich auf die Leninsche Theorie vom „revolutionären Demokratismus“. Es ist bereits erwähnt worden, daß Lenins Strategie im zaristischen Rußland vorwärtstreibend war, insofern die Partei die erst rudimentäre Vergesellschaftung der Arbeit durch die bewußte Klassenaktion ersetzen sollte. Wo das Verhältnis des Einzelnen zum Staat noch mittels direkter Gewaltherrschaft geregelt wird, kommt dem Demokratismus als über sich hinaustreibender Übergangsforderung eine progressive Funktion zu. Gerade weil die bürgerliche Gesellschaft, die in Rußland erst in unscheinbaren Ansätzen existierte, die Vermittlung von Individuum und Staat noch nicht leistete, konnte die Partei als proletarisch-bäuerliches Ersatzsubjekt auftreten, um somit die „normale“, naturwüchsige Entwicklung bürgerlich-kapitalistischer Produktionsverhältnisse durch „bewußte Klassenpolitik“ sozialrevolutionär zu überwinden.<sup>36</sup>

Lenin scheiterte – wie gesagt – aufgrund der ausbleibenden Revolution in Westeuropa und behielt gerade deshalb mit seiner staatskapitalistischen Verkürzung der sozialistischen Emanzipation recht. Denn daß Rußland im Falle der westeuropäischen Revolution wieder das wäre, was es schon immer war – ein rückständiger Riese – war Lenin durchaus bewußt: „Ebenso wäre es verfehlt, außer acht zu lassen, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution, sei es auch nur in einem der fortgeschrittenen Länder, aller Wahrscheinlichkeit nach ein jäher Umschwung eintreten, daß nämlich Rußland bald danach nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein (im sowjetischen und im sozialistischen Sinne) rückständiges Land sein wird.“<sup>37</sup> Die westeuropäische Revolution hätte Lenins reduziertes Sozialismusverständnis überwinden müssen, da die Staats- resp. monopolkapitalistische Vergesellschaftung (Kriegswirtschaft im 1. Weltkrieg) hier selbst bereits Resultat der naturwüchsigen Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse war. So wie Lenins Theorie sich schließlich gegen seine Strategie der Weltrevolution durchsetzte, so hätte die westeuropäische Revolution seine Theorie ihrer Unangemessenheit überführt.

Dies mag verdeutlichen, wie überholt eine Partei ist, die ihre Politik gerade auf den Fehlritten und Defiziten des revolutionären Prozesses zu Beginn dieses Jahrhunderts aufbaut. Denn unter spätkapitalistischen Verhältnissen kann die Neuformulierung der Leninschen Strategie nur in der Verherrlichung des östlichen Staatskapitalismus enden.

Als Zwischenetappe auf dem Weg zum „realen Sozialismus“ schiebt die DKP die „anti-monopolistische Demokratie“ ein, die wiederum durch das „anti-monopolistische Bündnis“ erreicht werden soll. Begründet wird diese Strategie mit der Zwei-Lager-Theorie: „Auf der einen Seite steht eine kleine Gruppe von Konzernherren und Multimillionären. Auf der anderen Seite steht die überwältigende Mehrheit des Volkes, die Arbeiterklasse, die Bauern, die Intelligenz, die lohnabhängigen und gewerblichen Mittelschichten und sogar kleine und mittlere Unternehmer.“<sup>38</sup> Kapitalismus reduziert sich auf die Herrschaftsinteressen der 200 Familien, die der ganzen Gesellschaft einen quasi-feudalistischen Tribut auferlegen. Anti-monopolistische Politik hat demgemäß die Aufgabe, den „Einfluß“ dieser „unverbesserblichen Reaktionäre“ auf den Staat zurückzudrängen. Das anti-monopolistische Bündnis ist der Hebel, mit dessen Hilfe der „staatsmonopolistische Kapitalismus“ aus den Angeln gehoben werden soll.

Es wird sich zeigen, daß dieses Bündnis nur als Überlebensgemeinschaft denkbar ist und sich genau damit die Arbeit der DKP in der Friedensbewegung begründen läßt. Zuvor ist jedoch weiter zu untersuchen, wie sich die DKP dessen Aufbau vorstellt.

Kernstück des „anti-monopolistischen Bündnisses“ ist die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“, die die „verschiedenen politischen und weltanschaulichen Strömungen“<sup>39</sup> unter dem Dach der „gemeinsamen Klasseninteressen“ vereinigen soll. Der kleinste gemeinsame Nenner aller Arbeiter, „der überwiegenden Mehrheit der Angestellten und eines Teils der Beamten“<sup>40</sup> ist, was jeder notgedrungen ermaßen tagein, tagaus tun muß – arbeiten. Klasseninteresse wird definiert als Produzenteninteresse. War dies als Facharbeiterbewußtsein des linken Flügels der traditionellen Arbeiterbewegung vor beinahe 100 Jahren in Verbindung mit rätekommunistischen Gesellschaftsutopien noch vorwärtstreibend, so steht die DKP heute – wo der Arbeiter bloßes Anhängsel kapitalistischer Maschinerie ist – in der Tradition der MSPD um 1920. Letztere entwirft den Arbeiter als ökonomischen Staatsbürger: Mitglied der Klasse ist nur, wer die Produktionsidee

<sup>36</sup> DKP-Programm, a.a.O. S. 5

<sup>37</sup> Siehe H.-J. Krahl: *Konstitution und Klassenkampf*, Ffm. 1971, S. 182 f.

<sup>38</sup> LW 31/6f. (Der 'linke Radikalismus'...)

<sup>39</sup> DKP-Programm, a.a.O. S. 71

<sup>40</sup> Ebd. S. 73

vertritt. Arbeit ist nicht mehr die Basis „sozialer Demokratie“, wie sie in der frühen Arbeiterbewegung etwa als Genossenschaftsidee<sup>41</sup> gedacht worden ist, sondern Funktion einer übergeordneten Allgemeinheit, deren Existenz nicht in Frage steht.

Die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ als Kernstück des anti-monopolistischen Bündnisses“ wird als quasi-Staatsvertrag der „Parteien der Arbeiterklasse“ verstanden: die Partei als alternativer Proto-Staat, die im Laufe des „anti-monopolistischen Kampfes“ den „Staat der Monopole“ ersetzen will. Der Arbeiter soll bleiben, was er ist: ein mit ökonomischen Funktionen zeitweilig betrauter Staatsbürger.

Dementsprechend sieht die DKP auch ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften: „Der DGB und seine Einzelgewerkschaften sind die breiteste und umfassendste Klassenorganisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der organisierte Ausdruck ihrer gemeinsamen Klasseninteressen.“<sup>42</sup> „Klassenbewußtsein“ ist dabei das „Bewußtsein, produktiv zu arbeiten.“<sup>43</sup> Indem er sein „Recht auf Arbeit“, das die DKP im Grundgesetz verankern will<sup>44</sup> –, ausübt, erkennt der Arbeiter sich als „nützliches“ Mitglied der Gesellschaft. Die Gewerkschaften verleihen – so die DKP – diesem Selbstbewußtsein seinen organisatorischen Ausdruck. Ihrer Wirksamkeit stehen jedoch nicht nur die Herren „Monopolisten“ und „Kriegstreiber“ entgegen, sondern auch „die in ihren (den Gewerkschaften, d. V.) Reihen, vor allem aber bei den einflußreichen Führungskräften des DGB tief verwurzelten bürgerlichen Staats- und Demokratieauffassungen“.<sup>45</sup> Im Anschluß und unter besagter Umformulierung Lenins existiert das neue Gesellschaftsprinzip - die Arbeit – zwar schon und besitzt auch in den Gewerkschaften seine organisatorische Zusammenfassung, allein, die auf „Sozialpartnerschaft“ ausgerichteten Gewerkschaftsführer im Bunde mit den „Staatsmonopolisten“ hindern die DKP, das Ideal der bürgerlichen Demokratie endlich im „Staat des ganzen Volkes“ (Stalin) zu realisieren. Nach dem Schema: Basis gut - Führung schlecht, zeichnet die DKP vom DGB ein dem „imperialistischen Staat der Monopole“ analoges Bild: an der Spitze ein kleines Häufchen unverbesserlicher Imperialisten, Kriegstreiber, Arbeiterverführer, Kollaborateure und ansonsten die große Masse, die „objektiv“ „eine konträre Stellung zum imperialistischen Staat“<sup>46</sup> einnimmt.

Die Organisationsform der Gewerkschaften, die sozialer Emanzipation systematisch im Wege steht, gerät dieser Kritik nicht vors Visier. Allein die subjektive Verkommenheit einiger Funktionäre steht angeblich dem Arbeiterparadies im Wege.

Es kann daher nicht verwundern, daß die DKP ihre Kritik an der Politik der Gewerkschaften nur in sehr moderatem Tonfall äußert. Zwar unterstützt sie Kämpfe der Basis, selbst wenn diese gegen die Gewerkschaftspolitik durchgeführt werden, winkt aber sehr schnell ab, sobald die Kritik an den Gewerkschaftsführern droht, in Kritik an den Gewerkschaften überhaupt umzuschlagen. Die DKP versucht stets, Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaftsbasis und -führung auf die innerorganisatorische Ebene zu beschränken. Denn nur so läßt sich Kritik in Gewerkschaftsposten versilbern. „Die Vorsicht der DKP gegenüber der Gewerkschaftsführung ... drückt die Versuche der DKP aus, ihre Genossen in der Apparat der Gewerkschaft rein zu kriegen. Das aber, so meint die Partei, gelingt ihr nur, wenn sie der Gewerkschaftsführung ständig Zugeständnisse macht und ihr mit Kritik nicht zu nahe kommt.“<sup>47</sup> Ziel dieser Schaukelpolitik ist es, in einem zähen Machtkampf um Pöstchen innerhalb der bestehenden korporatistischen Verbände Punkte zu sammeln, um dem „anti-monopolistischen Bündnis“ eine tragfähige staatspolitische Basis zu geben.

Indes ist die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ nur dessen Kern. Denn im Gegensatz zu den „abenteueralichen Kriegstreibern“ steht nicht nur die Arbeiterklasse, sondern das ganze Volk. Im „anti-monopolistischen Bündnis“ soll es sich aus „wohlverstandenen Überlebensinteressen“<sup>48</sup> zusammenschließen. Ist der gemeinsame Nenner der „Aktionseinheit“ lediglich das Dasein des Arbeiters als belebtem Organ der Maschinerie, so reduziert sich der Kitt des anti-monopolistischen Bündnisses aufs bloße Überleben. Da aber niemand nur überlebt, sondern stets auf ganz bestimmte Weise sein Leben produziert, kann der Kampf ums Überleben nur ein Kampf um die Konservierung des jeweils Althergebrachten sein. So lange dies noch als ökonomischer Abwehrkampf des kleinen Bauern gegen Agro-Business, der Akademiker gegen die Kapitalisierung ihrer Kopfarbeit und der Kleinunternehmer gegen die großen Konzerne<sup>49</sup> verstanden wurde, mußte die DKP-Strategie schief gehen, da die jeweiligen Interessen untereinander zu widersprüchlich waren, als daß sie hätten unter dem formalen Konzept der Bündnispolitik vereinigt werden können.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Siehe C. Stephan: *Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen*, Ffm. 1982

<sup>43</sup> DKP-Programm, a.a.O. S. 74

<sup>44</sup> Cacciari: *Qualifikation und Klassenbewußtsein*, Ffm. 1973, zit. n. C.-I. Bolbrinker: *Klassenanalyse als Organisationsfrage*, Gießen 1975, S. 137

<sup>45</sup> DKP-Programm, a.a.O. S. 37

<sup>46</sup> Autorenkollektiv: *Der Imperialismus der BRD*, Berlin 1971, S. 597

<sup>47</sup> Ebd. S. 596

<sup>48</sup> G. Höhne: *Wir gehen nach vorn: Erfahrungen über die Arbeitskämpfe bei Mannesmann*, Berlin 1974, S. 40

<sup>49</sup> Marxistische Blätter, a.a.O. S. 39

In dem Moment aber, in dem es nicht mehr ums ökonomische, sondern ums nackte Überleben ging, sah die DKP ihre Stunde gekommen. Sie kann sich dabei auf eine Variante ihrer Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ stützen, die der DDR-Historiker Kuczynski bereits 1961 formulierte: „Wir haben die entscheidende Tatsache zu verzeichnen, daß in den imperialistischen Ländern das Monopolkapital eine Schicht der Bourgeoisie gegen die Existenzinteressen der Bourgeoisie als Klasse herrscht. Unter der Herrschaft des Monopolkapitals findet eine Entwicklung statt, die sich ... gegen die Interessen der Bourgeoisie als Klasse, gegen ihre physische Existenz richtet. (...) Eine winzige Gruppe von gesellschaftlichen Verbrechern aus der Klasse der Bourgeoisie steht objektiv der ganzen Nation gegenüber, die endlich auch subjektiv verstehen muß, daß das Monopolkapital die barbarische Inkarnation aller reaktionären, menschenfeindlichen, fortschrittshindernden, parasitären Eigenschaften ist, die dem Kapital immer angehaftet haben.“<sup>50</sup> Steht dem ganzen Volk eine kleine „antinationale, kriegstreiberische Monopolbourgeoisie gegenüber, so wird es zur Aufgabe der Staatsbürger in der BRD ... die Wahrnehmung deutscher Überlebensinteressen durchzusetzen.“<sup>51</sup> Das „anti-monopolistische Bündnis“ als Organisation aller friedliebenden, nationalgesinnten Bundesbürger hat durch die Verwirklichung der „anti-monopolistische Demokratie“ die Bedingungen für „eine von der Herrschaft des Monopolkapitals befreite Staatsmacht“<sup>52</sup> zu schaffen. Die „anti-monopolistische Demokratie“ entpuppt sich als der Staat des deutschen Saubermanns, in dem Leute wie Flick nicht mehr ihre „schmutzigen Spiele“ treiben können. Das Parteibuch der Staatsführung wechselt – und fertig ist der neue Staat. Befreit von hinderlichen Privatinteressen kann er endlich schalten und walten, wie er will.

Die spätkapitalistische Vergesellschaftungsform, die bis in die Bedürfnisstruktur der Individuen vorgedrungen ist<sup>53</sup>, muß dieser Theorie ein Rätsel bleiben. Die Revolutionierung der Verhältnisse findet ohne die Revolutionierung der Subjekte statt und bestätigt gerade deshalb das Althergebrachte.

Dagegen erhob sich schon sehr früh Widerspruch. 1920 kritisierte der holländische Rätekommunist Hermann Gorter in einem offenen Brief an Lenin die bruchlose Übertragung der in Rußland erfolgreichen Revolutionsstrategie auf die entwickelten bürgerlichen Verhältnisse Westeuropas. In Ansätzen einer Theorie der Hegemonie weist er u.a. auf die ideologische Bindung der Menschen an die kapitalistische Ordnung hin: „Die Arbeiter Westeuropas und im allgemeinen die arbeitenden Massen sind ideell ganz der bürgerlichen Kultur, den bürgerlichen Ideen und daher auch dem bürgerlichen Vertretungssystem, dem Parlamentarismus, der bürgerlichen Demokratie unterworfen.“<sup>54</sup> Die sogenannte Machtfrage stellt sich daher, anders als unter der zaristischen Gewaltherrschaft, nicht nur als militärstrategisch-parteiorganisatorisches Problem, sondern zunächst v.a. als kulturevolutionäres Projekt. Die revolutionäre Organisation als Ort der kollektiven Selbstrevolutionierung, die den Menschen als sinnlich-praktisches Wesen erst produzieren will, hat allerdings ein anderes Ziel als den sauberen Staatsbürger, der sein Kreuzchen bei „anti-monopolistisch“ macht. Allein sie wäre in der Lage, die kapitalistische Hegemonie in den Köpfen und Herzen der Menschen kritisch zu zerstören. Die DKP kann dies nicht wollen, sie müßte sich sonst auflösen. Allerdings wäre dies ihre einzige revolutionäre Tat. Die Möglichkeit, an die Macht zu kommen, besteht für sie – wenn auch nur als abstrakte – jedoch nur, so der Bundesbürger bleibt, was er ist: Stimmvieh, das Angst um das bißchen Leben hat, das er noch hat.

Diese kümmerliche Karrikatur eines Menschen ist die Basis der „anti-monopolistischen Demokratie“, „einer Periode grundlegender Umgestaltungen, in der die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte über so viel politische Kraft und parlamentarischen Einfluß verfügen, daß sie eine ihre gemeinsamen Interessen vertretende Koalitionsregierung bilden können.“<sup>55</sup> Dem „gesamten arbeitenden Volk“ soll dies „meßbare Vorteile bringen.“<sup>56</sup> Wer aber alles in Mark und Pfennig wissen will, zeigt schon dadurch, daß der Mensch ihm nur Produktionsfaktor ist im technokratischen Planungsmodell, der die „objektiv notwendigen Prozesse grundlegender gesellschaftlicher Umgestaltungen“<sup>57</sup> zu realisieren hat. So lange die DKP noch nicht allein die Macht im Staate hat, ist sie wohl bereit, dies „mit allen sozialistischen und demokratischen Kräften ... zu diskutieren.“<sup>58</sup> Was aber, wenn sie auf ihre bürgerlichen Bündnispartner verzichten kann? In ihrem Programm findet sich dazu kein Wort. Allein, die Rechtfertigung staatlich-

<sup>50</sup> DKP-Programm, a.a.O. S. 79 f.

<sup>51</sup> J. Kuczynski: Die Barbarei – extremster Ausdruck für Monopolherrschaft in Deutschland, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 9. Jg. 1961, S. 1496 f.

<sup>52</sup> *Marxistische Blätter*, a.a.O. S. 43

<sup>53</sup> H. Jung, R. Steigerwald: *Der Staatsmonopolistische Kapitalismus und seine Kritiker*, Ffm. 1979, S. 255

<sup>54</sup> Siehe H. Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*, Darmstadt 1967

<sup>55</sup> H. Gorter: Offener Brief an den Genossen Lenin. Eine Antwort auf Lenins Broschüre: Der 'linke Radikalismus' – eine Kinderkrankheit des Kommunismus, in: A. Pannekoek, H. Gorter: *Organisation und Taktik der proletarischen Revolution*, Ffm. 1969, S. 192

<sup>56</sup> DKP-Programm, a.a.O., S. 66

<sup>57</sup> Ebd. S. 68

<sup>58</sup> Ebd.

militärischer Gewalt 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR und 1981 in Polen zeigt, daß wenn möglich Panzer an die Stelle von Diskussionen treten sollen.

Im „Staat des ganzen Volkes“ wird dann das menschlich-gesellschaftliche Leben erst richtig das, was es heute schon ist: ein Führungsproblem: „Selbst die sozialistische Persönlichkeit ist dadurch definiert, daß sie unter der Führung der Partei steht; selbst die ‚Entfaltung der Subjektivität‘ erhält ihr Amtssiegel, indem sie als eine ‚gelenkte‘ deklariert wird; und namentlich auch die Bewußtseinsprozesse der Menschen unterliegen der Lenkung. Alles geschieht und jeder einzelne steht unter strengem Kommando.“<sup>59</sup> Die wissenschaftlich-technische Revolution verhärtet die Versachlichung des Menschen zum Sachzwang<sup>60</sup>, zum kybernetischen Steuerungsproblem der Mensch-Natur-Maschine.<sup>61</sup> Der Mensch wird reduziert auf ein „allseitiges technisches Instrument“<sup>62</sup>, das allerdings noch genug „Willen“ haben muß, sich den objektiven Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die die Partei als Politik durchsetzt, freiwillig zu unterwerfen. „Einsicht in die Notwendigkeit“ (Hegel) bedeutet hier nicht „Ausgang aus selbstverschuldeter Unmündigkeit“ (Kant), sondern selbstbewußte Unterwerfung unter die zweite Natur parteikommunistischer Gesellschaftsverplanung. Kybernetik als Leitwissenschaft zielt dabei auf möglichst geringe Reibungsverluste der permanent nötigen Anpassungsprozesse.

Dies führt zurück zum Ausgangspunkt des zweiten Kapitels. Insofern Krieg für die SU nicht selbst Mittel zur Beseitigung unkontrollierter Reibungsverluste ist, erscheint dessen Vorbereitung, zumal in der Form des Atomkriegs, als permanente Betriebsstörung. Dennoch muß diese in Kauf genommen werden, wenn anders die SU durch Akzeptieren absoluter amerikanischer Überlegenheit nicht erpreßbar werden und damit jede Möglichkeit, kleinere Betriebsstörungen militärisch beheben zu können, einbüßen will.

Der kybernetische Staatskapitalismus versucht daher einerseits, durch die Politik der „friedlichen Koexistenz“ geordnete Beziehungen zwischen den souveränen Staaten der westlichen und östlichen Metropolen zu installieren, und andererseits, den reibungslosen Ablauf des Gesellschaft ersetzenden Mensch-Maschine-Systems zu garantieren. Aus derartig verstandener Außen- und Innenpolitik, die die „Revolutions“-Strategie der DKP konstituieren, läßt sich deren Arbeit in der Friedensbewegung allein systematisch begreifen.

### ***Die Utopie des friedlichen Staatskapitalismus Oder: Die Praxis der DKP in der Friedensbewegung***

Es wurde gezeigt, daß der Mensch im kybernetischen Staatskapitalismus als bloß lebende Materie, als physiologischer Bestandteil des kontinuierlichen Materialflusses existiert. Im Kampf gegen die Vorrüstung der NATO soll ihm daher durch die „Konzentration aller Kräfte“<sup>63</sup> das Bewußtsein seiner Nichtigkeit als selbstbestimmtes Subjekt seiner Verhältnisse zur sinnlichen Gewißheit werden. Jeder weitergehende Gedanke kann dabei nur schaden: „So notwendig die Erörterung von Perspektivfragen ist, auch wegen der richtigen Anlage gegenwärtiger Aktionsstrategien: absoluten Vorrang hat das Bemühen ums nackte Überleben.“<sup>64</sup>

Im „Kampf“ ums „nackte Überleben“ verblaßt dessen konkrete Qualität zur nichtsagenden Nebensächlichkeit. Unter der Hand entsteht der Mythos der guten alten 70er Jahre, die im entspannungspolitisch gefederten „Modell Deutschland“ die friedliche Be-Friedigung warenförmiger Bedürfnisse gestatteten. Aus der existenziellen Bedrohung dieses entfremdeten Paradieses, die selbst dessen uneingestanden glückliches Bewußtsein noch auslöscht, versucht die DKP mit einem zweigleisigen Konzept Kapital zu schlagen; mit Vorschlägen „für eine alternative Sicherheitspolitik“ profiliert sie sich erstens als der bessere Staatslenker und versucht zweitens, durch die Beteiligung an bestimmten außerparlamentarischen Aktionen dafür ein parlamentarisches Mandat zu ergattern. Im folgenden wird zunächst die parteikommunistische Sicherheitspolitik kritisch dargestellt, um anschließend zu zeigen, daß die außerparlamentarische Praxis der DKP lediglich die Aufgabe hat, diesem Konzept zu einer parlamentarischen Vertretung zu verhelfen.

Mit ihren „Vorschlägen für eine alternative Sicherheitspolitik“ stellt die DKP ein Sicherheitskonzept vor, daß auch hinsichtlich der SPD bündnisfähig sein soll. Da Bündnispolitik stets bemüht sein muß, formell den Schein der Geschlossenheit zu wahren, bedient sich ihre Argu-

<sup>59</sup> Ebd. S. 69. Allerdings schließt sie einige Seiten weiter hinten in ihrem Programm andere linke Gruppen aus: „Ebenso bekämpft sie (die DKP, d. V.) den ‚linken‘ Opportunismus sowie das pseudorevolutionäre Abenteuerertum und die arbeiterfeindliche Spaltertätigkeit maoistischer, trotzkistischer und anarchistischer Gruppen“ (S. 84).

<sup>60</sup> H. Fleischer: *Sozialphilosophische Studien: Kritik der marxistisch-leninistischen Schulphilosophie*, Berlin 1973, S. 91

<sup>61</sup> W. Thaa: *Herrschaft als Versachlichung*, Ffm. 1983

<sup>62</sup> Vgl. z.B. den Buchtitel von H. Bober: *Mensch – Maschine – Gesellschaft als Leitungsproblem*, Berlin 1968

<sup>63</sup> H. Marcuse: *Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus*, Darmstadt 1974, S. 231

<sup>64</sup> L. Knorr: *Geschichte der Friedensbewegung in der BRD*, Köln 1983, S. 217

mentation ähnlicher Worthülsen wie die Diskurse von SPD und DGB. Gerade dadurch arbeitet die DKP jedoch der sozialdemokratischen Hegemonie vor und zu. Denn die Bedeutung der Bündnisfloskeln im öffentlichen Bewußtsein wird durch ideologische Hegemonieverhältnisse bestimmt, wie sie sich im Laufe der Nachkriegsgeschichte herausgebildet haben. Als zu Worten geronnener Ideologie kommt Bildern wie „nationale Interessen“, „soziale Sicherheit“ und „demokratische Mitbestimmung“ in der spätkapitalistischen BRD eine andere Bedeutung zu, als dies die staatskapitalistische Utopie der DKP wahrhaben möchte. Denn im hegemonialen Kampf ist der Einfluß der DKP verschwindend gering. Der Gebrauch genannter Ideologeme kann die herrschenden Ideologieverhältnisse daher nur verfestigen. Die ideologische Propaganda gegen Antikommunismus und Antisowjetismus kann daran auch nichts mehr ändern, bestätigt vielmehr das richtige Urteil, die DKP sei die 5. Kolonne Moskaus. Das Scheitern der DKP-Strategie ist daher systematisch vorprogrammiert. Am Beispiel der „nationalen Interessen“ soll dies exemplarisch gezeigt werden. Es ist dies auch als aktueller Beitrag zu verstehen, der zeigt, wie recht H. Gorter gegen Lenin hatte.

### **Zur Kritik der „alternativen Sicherheitspolitik“**

„Ausgangspunkt und Hauptkriterium für jede bundesdeutsche Sicherheitspolitik müssen die nationalen Interessen sein.“<sup>65</sup>

Die DKP definiert ihren Zukunftsstaat als stabilen kybernetischen Regelkreis, der seine „finanziellen Möglichkeiten ... für produktive Investitionen nützen“<sup>66</sup> soll. Der In- und Output dieses geschlossenen Systems hat dementsprechend nach den Maximen „normalisierter, intersystemarer Staatsbeziehungen, vernunftorientierten politischen Interessenausgleichs zwischen allen europäischen Staaten, partnerschaftlich gleichberechtigter Handelsbeziehungen (und) tendenziellen Infragestellens des Wettrüstens“<sup>67</sup> zu funktionieren. In diesem Sinn spricht die DKP dem Moskauer Vertrag vom 12.8.70 „Modellcharakter“<sup>68</sup> zu. „Vernunftorientierter Interessenausgleich“ meint dabei die Notwendigkeit erweiterter Exportmärkte für die bundesdeutsche Exportindustrie seit Ende der 60er Jahre auf der einen und die Technologieimportbedürfnisse der Sowjetunion auf der anderen Seite. Die DKP argumentiert daher auch ungeniert mit der „Konkurrenzfähigkeit (der BRD) gegenüber anderen entwickelten Industriestaaten als Produzent und Exporteur hochwertiger ziviler Technik.“<sup>69</sup> Umstandslos wird dieses Kalkül kapitalistischer Rationalität „den nationalen und sozialen Interessen unseres Volkes“<sup>70</sup> gleichgesetzt. Der Welthandel garantiert nicht nur in Kautskys Theorie des Ultra-Imperialismus einen friedlichen Kapitalismus; auch ein langjähriger Praktiker leistet der DKP Schützenhilfe. B. Rothfos, größter Kaffee-Importeur Europas und mittelbarer Financier der Junta El Salvadors, meinte in einem Interview mit der „taz“: „Der Krieg ... macht allen Handel kaputt.“<sup>71</sup> Deshalb unterstütze er auch das Friedensforschungsinstitut A. Mechttersheimers.

Daß dieselben Handelsinteressen, die hier als Garant des Friedens zitiert werden, unter veränderten Verhältnissen Kriegsursache (seit '45 nur noch in der sog. „3. Welt“) sind, interessiert die DKP in diesem Zusammenhang nicht. Zum alleinigen Feind der „nationalen Interessen unseres Volkes“ wird der „militärisch-industrielle Komplex der USA, (der) die gesamte (US-)Regierung, eine Regierung der Millionäre“<sup>72</sup> stellt. Je mehr daher „Reagans Einfluß auf die Bonner Politik wächst“<sup>73</sup> – so die DKP – desto weniger werden „deutsche Interessen“ vertreten. Der bundesdeutsche Kapitalismus wird als das unterstellt, was er erst werden soll: als friedlicher, d.h. reibungslos funktionierender Staatskapitalismus. Lediglich „die vom Flick-Konzern mit Millionen finanzierte ‘Wende nach rechts’“<sup>74</sup> steht dieser Grabesruhe entgegen.

Daß die US-Truppen- und Marines in aller Welt nicht nur US-Kapital, sondern auch die Interessen bundesdeutscher Konzerne „verteidigen“, will die DKP nicht wissen. Denn eine derartige Konstruktion würde das Konstrukt der „nationalen Interessen“ ad absurdum führen. Sie kann daher auch nicht wissen wollen, daß die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in Europa allererst dazu dient, die internationale Beweglichkeit der UdSSR in der 3. Welt einzuschränken, um die kommenden Krisenbereinigungskriege ungestört führen zu können – auch im nationalen Interesse der BRD.

Die DKP sitzt also in der Klemme: um ihre Utopie des kybernetischen Staatskapitalis-

<sup>65</sup> Ebd. S. 215

<sup>66</sup> DKP (Hrsg.): *Vorschläge der DKP für eine alternative Sicherheitspolitik*, Düsseldorf 1982, S. 9

<sup>67</sup> *Marxistische Blätter*, a.a.O. S. 43

<sup>68</sup> L. Knorr, a.a.O. S. 147

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> DKP (Hrsg.): *Weiterverhandeln statt stationieren: Die DKP und die Herbstaktionen 1983*, Neuss 1983, S. 5

<sup>71</sup> Ebd.

<sup>72</sup> *taz* v. 14.10.1983

<sup>73</sup> L. Knorr, a.a.O. S. 186

<sup>74</sup> Ebd. S. 213

mus plausibel zu machen, muß sie sich auf fiktive „nationale Interessen“ im Sinn eines friedlichen Kapitalismus berufen, dem nur der Einfluß US-amerikanischer Kriegstreiber im Weg steht; d.h. sie muß voraussetzen, was sie erst erreichen will. Denn die real existierenden „nationalen Interessen“ sind allemal spätkapitalistisch bestimmte, auch im bundesdeutschen Staatsbürgerbewußtsein. Andererseits kann die DKP aber auch nicht den feinen Unterschied zwischen „nationalen Interessen“ und „nationalen Interessen“ machen, müßte sie doch sonst die Karten auf den Tisch legen. Dem steht jedoch der herrschende „Antikommunismus und Antisowjetismus“ im Wege. Der lachende Gewinner dieses Versteckspiels ist allemal die SPD, die die „nationalen Interessen“ so versteht, wie sie auch landläufig gemeint sind – als Interessen des „Export-Modells Deutschland“.

Wenn die DKP daher fordert, die Entspannungspolitik der frühen 70er Jahre fortzusetzen und in Genf weiterzuverhandeln, so stärkt sie damit die Position der SPD, zumal diese wieder in der Opposition ist. Daß es der SPD gelang, innerhalb weniger Monate einen großen Teil der Friedensbewegung zu integrieren, ist auch darauf zurückzuführen. So wie sich die DKP aufgrund ihrer staatskapitalistischen Utopie systematisch auf alternative Staatspolitik beschränken muß, und gerade deshalb feindliche Zwillingschwester der SPD ist, so ordnet sie die Unterstützung außerparlamentarischer Aktionen dem Kalkül dieser Staatspolitik unter. Ein abschließender Streifzug durch die Friedensbewegung der letzten Jahre mag dies verdeutlichen.

### ***Die DKP in der Friedensbewegung - oder: die Vorhut als Nachtrab***

Seit dem Beginn der neuen Friedensbewegung ist die DKP auf ein Bündnis mit kirchlich-pazifistischen Organisationen angewiesen. Gemeinsamer Nenner ist dabei nicht nur „die Verhinderung des Krieges“, die „zur Existenzfrage der Völker geworden ist“. <sup>75</sup> Dem staatspolitischen Kalkül der DKP kommt auch entgegen, daß das „Prinzip Gewaltfreiheit“ der Pazifisten nicht nur die Gewaltlosigkeit des eigenen Handelns bezeichnet, sondern ebenso gut die Freiheit des Staates zur Gewalt anerkennt. <sup>76</sup> Der Staat als ideologisch vermitteltes Gewaltverhältnis steht nicht zur Diskussion. Außerparlamentarische Aktionen haben zum Ziel, „unsere Politiker“ von der „pazifistischen Idee“ zu überzeugen. Die DKP ihrerseits begreift außerparlamentarische Aktionen systematisch lediglich als vorparlamentarische: „In der Politik der DKP verbindet sich der außerparlamentarische Kampf eng mit dem Streben um die Veränderung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses zugunsten der arbeitenden Menschen, um die Erringung und Stärkung fortschrittlicher Positionen in den Parlamenten.“ <sup>77</sup> Zwar meinen auch hier beide Bündnispartner Unterschiedliches, für ein zeitweiliges Zusammengehen reicht es aber allemal. Aber sehen wir zu, wie alles begann:

„Am Anfang war das Wort“ – der Krefelder Appell vom November 1980: „Als Staatsbürger der Bundesrepublik sahen sich die ‘Krefelder’ veranlaßt, zunächst und vor allem ihre Regierung mit Forderungen zu konfrontieren.“ <sup>78</sup> Unter dem Motto „Der Atomtod bedroht uns alle“ wurde ein aufs Überleben abzielendes anti-monopolistisches Superbündnis ins Leben gerufen. Wollten die „demokratischen und fortschrittlichen Kräfte“ bisher noch nicht so recht glauben, daß sie von „den Monopolen“ allesamt ausgebeutet werden, so konnte die DKP-Strategie in diesem Fall kaum ins Leere gehen, ging es doch ums Eingemachte bzw. das, wofür der heutige Staatsbürger sein bißchen „Leben“ noch hält.

Um letzterem auch den richtigen Sinn zu geben, ließ die DKP keinen Zweifel an der Qualität dieses Überlebens: „Arbeit – Keine Raketen“ - so die Parole zum 19.10.83, dem „Tag der Betriebe“ in der Aktionswoche gegen die Stationierung. Der Betrug, den die DKP damit inszeniert, ist ein doppelter: zunächst greift sie das weit verbreitete Apokalypse-Bewußtsein auf, daß v.a. Ausdruck fehlender Zukunftsperspektiven ist, und konzentriert es auf die neuen Atomraketen; die ideologische Krise der spätkapitalistischen Gesellschaft – Anfang der 80er Jahre als „Sinnkrise“ bekannt - wird zur nackten Überlebensangst verdünnt. Im Resultat – der Angst vor den Raketen – verschwindet deren Begründungszusammenhang. In der Projektion gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit auf physisches Vernichtungspotential liegt die Möglichkeit, jene zum Objekt von Technologie- bzw. Rüstungskontrollpolitik, d.h. zum Problem staatlichen Krisenmanagements umzuformulieren. Die Parteipolitik der DKP hat diese Versachlichung ebenso zur Voraussetzung wie die herrschende Staatspolitik. Denn wer vergessen hat, daß seine Angst vor Pershing II und Cruise Missiles vom insgeheimen, aber nicht eingestandenem Wissen um die eigene Überflüssigkeit herrührt, kann „Arbeit“ als sinnstiftende Droge wahrnehmen. Der Mensch als Opfer kapitalistischer Automatisierungsprozesse vergift in der Angst vor der physischen Vernichtung eben jene Ursache seines Unbehagens, um in der Arbeit – d.h. in der interesselosen Betätigung von Hirn, Muskel und Nerven – sein neues Lebensziel zu erblicken. Die DKP betrügt die

<sup>75</sup> Ebd. S. 212

<sup>76</sup> DKP (Hrsg.): *Zum Verhältnis von Kommunisten und Pazifisten ...*, S. 6

<sup>77</sup> Daher versteht die DKP sich auch nur mit Gruppen, die den „Zivilen Ungehorsam“ à la Gandhi, d.h. staatspolitisch interpretieren. Vgl. Abschnitt III im Gandhi-Beitrag dieses Buches.

<sup>78</sup> DKP-Programm, a.a.O. S. 35

Menschen aber nicht nur um den Grund ihrer Angst – die automatische Vernichtung ihrer Zukunft – sondern preist diesen noch als Retter in der Not an: denn „Arbeit“ im Sinne des kybernetischen Staatskapitalismus kennt keine historische Lebenszeit, sondern nur mathematische Uhr-Zeit.

Nicht nur die organisierte Perspektivlosigkeit wird so zum Gegenstand von großer Staats- und kleiner DKP-Politik, sondern auch das entsprechend versachlichte Bewußtsein der Menschen. Unfähig, die Fragen zu stellen, die notwendig wären, werden sie zur Manövriermasse von Meinungsumfragen und Großdemos. Der Fetisch der großen Zahl, den die DKP verehrt, ist das logische Gegenstück zur Reduktion der Menschen auf Objekte von Politik. Wer den Grund seiner Angst nicht mehr weiß, hat nur noch die Wahl zwischen „friedliebenden“ und „kriegstreibenden“ Staatspolitikern. Er wird zum Spielball ideologischer Schlachten, in denen die Regierung den Medienapparat, die DKP Menschenmassen ins Gefecht wirft. So geschehen am 10.10.81 und am 10.6.82 in Bonn. Da man als Arbeiter aber noch lange kein Mensch ist, beschränkte man sich dort darauf, „denen da oben“ Bescheid zu stoßen, daß man mit der Verlagerung des nichterklärten dritten Weltkriegs aus der sog. 3. Welt nach Mitteleuropa nicht einverstanden sei.

Während dem gut situierten neuen Mittelstand mit Sloterdijks „Kritik der zynischen Vernunft“ die Bombe zur Meditation über den Grundsatz der Entspannung im „Hier und Jetzt“ entgegenkommt, um auf Riesendemons die öde Langeweile steriler Behaglichkeit durch „menschliche Nähe“ zu humanisieren, will die Generation Kirchentag „mehr riskieren“. Das Konzept „gewaltfreier Blockaden“ bereitete der DKP allerdings einiges Kopfzerbrechen. „Die Breite der Bewegung“ wählte man in Gefahr, schreckte daher auch nicht davor zurück, den „in der Regel ... ehrlichen Bedürfnissen und der Bereitschaft vieler, v. a. junger Menschen in der Friedensbewegung, sich voll und ganz (so weit geht die DKP-Friedensliebe denn doch nicht, d.V.) auch unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile (Frieden ja, aber bitte zum parlamentarischen Nulltarif, d.V.) in den Kampf um die Erhaltung des Friedens einzubringen“<sup>79</sup>, das Kalkül Zimmermannscher Wende-Politik entgegenzuhalten. Aus Angst, die Friedensbewegung könne die Bahnen vorparlamentarischer Staatspolitik verlassen, drohte die DKP den Direktblockierern mit den „Herrschenden“, die sich, „allen voran Innenminister Zimmermann und (dessen) Staatssekretär Spranger, gerade auf eine solche Eskalation des Friedenskampfes vorbereiten.“<sup>80</sup> Durch „Zwangsgelder“, „neue Polizeiwaffen“ und „organisierte Krawalle“ sah die DKP ihre Felle davonschwimmen.

Die SPD – seit sie wieder in der Opposition ist – zeigte sich da wesentlich flexibler. Über ihre vorparlamentarischen Horchposten (Jo Leinen, u.a.) und „integrativen Persönlichkeiten“ (Brandt, Eppler, Lafontaine) wußte sie sich den „Bedürfnissen der jungen Leute“ geschickt anzupassen, bzw.: sie paßte die Bedürfnisse der jungen Leute ihrem staatspolitischen Kalkül an. Die Entschärfung „direkter Blockaden“ zu „symbolischen Sitzwachen“ seit Großengstingen fand mit der konzentrierten Propagandaschlacht nach den „Krefelder Ereignissen“ ihren vorläufigen Abschluß. Resultat war eine Vorzeige-Blockade à la Mutlangen. Die DKP, als Avantgarde wieder Schlußlicht des sozialdemokratischen Integrationsfeldzuges, hatte daher auch immer weniger zu melden. Sie unterstützte lediglich Blockaden, die die „Einheit der Arbeiterklasse“ nicht sprengten, sprich: die Mitarbeit der SPD wurde zur Voraussetzung der eigenen Beteiligung. Denn die „neue politische Qualität“ der Bewegung, die die DKP anvisierte, ging im Wachstum der Appellierenden ohne Zahl auf: „(...) zum einen muß die Breite der Bewegung und ihre Verankerung in der Bevölkerung entscheidend gestärkt werden. Zum anderen müssen die Kräfte der Friedensbewegung den Willen und die Fähigkeit aufbringen, Antikommunismus und Antisowjetismus als herrschaftssichernde ‘Dogmen’ der bundesdeutschen Politik offen infrage zu stellen.“<sup>81</sup> Da die Meinungsumfragen bereits die mehrheitliche Ablehnung der Raketenstationierung belegten, sei es nun Aufgabe der Friedensbewegung, „immer größere Teile der Bevölkerung aktiv in die Aktionen der Friedensbewegung einzubeziehen“; „dies muß ein wesentliches Kriterium für die Wahl künftiger Aktionsformen sein.“<sup>82</sup> Die vorparlamentarischen „Widerstands“formen sollen durch die physische Ansammlung möglichst vieler Staatsbürger lediglich Zahlen unterstreichen, die eh schon vorliegen. Als seien einige Hunderttausend Menschen auf einem Haufen beweiskräftiger als das Ergebnis einer Meinungsumfrage. Durch ihr bloßes Da-Sein bewirkt eine Menschenmenge genauso wenig, wie die tausendfachen Familienspaziergänge an langweiligen Sonntag-Nachmittagen.

In Börsenmaklermanie starrt die DKP auf die Entwicklung abstrakter Zahlenkolonnen, die ihr die Truppenstärke des „anti-monopolistischen Bündnisses“ signalisieren, ohne dabei gewahr zu werden, daß sie im ideologischen Kampf längst von SPD und DGB geschlagen ist. Wer glaubt, „daß sich der lange Atem und die Kontinuität der Friedensbewegung lohnten; daß sie (die Friedensbewegung) so stark geworden ist, daß SPD und Gewerkschaften auf sie zugehen, ihre politischen Forderungen ernst nehmen und aufgreifen“<sup>83</sup> mußten, ohne zu bemerken, wie die SPD es in den Monaten von März bis Oktober `83 schaffte, die Friedensbewegung sich anzuverwandeln,

<sup>79</sup> L. Knorr, a.a.O. S. 186

<sup>80</sup> *Marxistische Blätter*, a.a.O. S. 16

<sup>81</sup> Ebd.

<sup>82</sup> Ebd.

<sup>83</sup> Ebd. S. 17

dem ist beim Zählen der Nullen nach der Eins Hören und Sehen vergangen. So wenig die DKP begreift, wie der Begriff der „nationalen Interessen“ im Mund der SPD stillschweigend seine Bedeutung wechselt, so sprachlos steht sie vor der wiederhergestellten sozialdemokratischen Hegemonie über einen Großteil der Friedensbewegung.

Nicht besser ergeht es der DKP mit dem DGB. Man könnte analog zum Bedeutungswandel der Worthülse „nationale Interessen“ zeigen, wie sich die Forderung nach Arbeit und sozialer Sicherheit beim Vorsitzenden des DGB Breit völlig anders ausnimmt als in Stellungnahmen der DKP.<sup>84</sup> Aus Platzgründen sei hier lediglich darauf verwiesen, daß sogar der Aufruf des DGB „Frieden durch Abrüstung“ als Verstärkung der eigenen Arbeit verkannt wurde: „Was manchen als eine Konkurrenz zum ‘Krefelder Appell’ erschien, erwies sich bald als Verstärkung des politischen Drucks auf Bundesregierung und NATO sowie als Ermutigung der Friedensbewegung.“<sup>85</sup> Noch die 5 zusätzlichen Pausenminuten am 5.10.83, 14 Tage vor dem „Tag der Betriebe“ am 19.10.83 wurden nicht als Spaltungsversuch verstanden, sondern als „erster Schritt in die richtige Richtung“.

Daß das Resultat parteikommunistischer Bündnispolitik beständig deren Intention widerlegt, kann sich die DKP nur mit „Antikommunismus und Antisowjetismus“ erklären, dessen Bekämpfung sie daher gleiche Priorität einräumt wie der Einbeziehung des DGB in die Friedensfront: „Mit ihnen (Antikommunismus und Antisowjetismus) sollte das Volk geimpft werden gegen den Virus sozialistischer Gesellschaftsveränderung.“<sup>86</sup> Macht die DKP solcher Art Sozialismus zu dem, wofür ihn die Bürgerlichen schon immer hielten, zur infektiösen Krankheit, so besteht das anti-monopolistische Gegengift wiederum in der Beschwörung der friedlichen Koexistenz: „Dabei geht es nicht – dies sei ausdrücklich festgestellt – um eine Unterstützung des sozialistischen Gesellschaftsmodells durch die Friedensbewegung, sondern darum, die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten als einen – zumindest zeitweiligen – Verbündeten im Kampf gegen den Wahnsinn der imperialistischen Konfrontationspolitik zu begreifen, und dies auch öffentlich zu machen.“<sup>87</sup> Gerade damit beweist die DKP wider Willen ihren Status als 5. Kolonne Moskaus, ist sie doch bereit, ihre politischen Ziele – die Propagierung des sowjetischen Staatskapitalismus – den außenpolitischen Kalkülen der Sowjetunion unterzuordnen. Letztere hat hinsichtlich der Vorrüstung der NATO nur ein Ziel: sie zu verhindern, um nicht ihrerseits anderweitig benötigte wissenschaftliche und industrielle Kapazitäten auf den Ausbau ihrer Atommacht verwenden zu müssen. Der Sowjetunion ist dafür jedes Mittel recht und die DKP trottet brav hinterher. Im Kampf gegen die Raketestationierung verleugnet sie sogar ihr Programm, um ihre Argumentation „glaubwürdig“ erscheinen zu lassen.

Freilich kann deren Absicht nicht verborgen bleiben. Denn wäre die Sowjetunion tatsächlich ein „Verbündeter“ der Friedensbewegung und wollte nicht aus ganz anderen Gründen die Vorrüstung verhindern, so folgte als notwendiger Schluß die grundsätzliche „Friedfertigkeit“ des sowjetischen Staatskapitalismus. Dies jedoch widerlegen die bereits genannten Interventionen, so daß der „modern peaceni“ nicht fehlgeht, dem DKP-Argument zu mißtrauen. Wiederum erreicht die DKP also genau das Gegenteil ihrer Absicht. Noch ihre Selbstverleugnung bezeugt ihren subalternen Charakter hinsichtlich der Sowjetunion. Ihre Bündnispolitik – in diesem Fall zwischen Friedensbewegung und sowjetischer Außenpolitik – die nur abstrakte Ziele, jedoch keine Begründungszusammenhänge kennt – schlägt in ihr Gegenteil um: sie schürt Mißtrauen – und das ist gut so. Noch der parteikommunistische Kampf gegen „Antikommunismus und Antisowjetismus“ kann somit letztere nur bestätigen. Dies ist die Tragik der DKP – eine Tragik allerdings, die uns nicht traurig machen sollte.

### **Schluß**

Wir haben versucht, in einigen kurzen Skizzen die theoretischen Grundlagen der DKP-Politik in der Friedensbewegung samt deren historischen Wurzeln kritisch darzustellen. In der historisch gebrochenen Tradition Lenins zielt die DKP eine Gesellschaftsordnung an, in der Frieden im subjektlosen Nachvollzug sachnotwendiger Imperative besteht. Letztere sind Funktionen des kybernetischen Staatskapitalismus, des reibungslosen Materialumsatzes, dessen physiologischer Bestandteil der Mensch ist. Als solcher wird er tatsächlich aufs bloße Überleben reduziert. In der Friedensbewegung bietet sich der DKP die wahrscheinlich einmalige Chance, den bloß Überlebenden als neuen Sozialisierungstypus vorzuführen bzw. für ihre „Utopie“ zu gewinnen. Ihre eigene Borniertheit hindert sie jedoch daran, dieses Programm auch tatsächlich zu realisieren. Sie

tritt sich permanent selbst auf die Füße und wundert sich schließlich, wie es der „Tanker SPD“ wieder einmal schaffte, sie über Nacht zu überholen.

So aussichtslos ihr Vorhaben ist, die sozialdemokratische Hegemonie über einen Großteil

<sup>84</sup> MSB Spartakus: *Rote Blätter*, Extraausgabe, Okt. 83, erschienen nach der Aktionswoche im Herbst, S. 1

<sup>85</sup> vgl. E. Breit: Den heißen Herbst mit kühlem Kopf bestehen, abgedruckt in *FR* vom 22.8.1983

<sup>86</sup> L. Knorr, a.a.O., S. 195

<sup>87</sup> *Marxistische Blätter*, a.a.O., S. 19

der Friedensbewegung aufzubrechen, so blockierend wirkt ihr bloßes Dasein auf die Entwicklungschancen einer antimilitaristischen Opposition, da sie es immer noch schafft, ihre absolute Anti-Utopie als „Fortschritt“ gegenüber dem westlichen Spätkapitalismus zu verkaufen. Diese Kritik ist daher als Plädoyer zu verstehen, den Mythos des Parteikommunismus zu zerstören, wo er sich als Alternative zum Spätkapitalismus ausgibt. Nur wenn der Alp des ein für allemal gescheiterten traditionellen Marxismus abgetan wird, eröffnet sich die Chance eines revolutionären Neuanfangs.